Erscheint wöchentlich.

Abonnementspreis für Nichtmitglieder 75 Pf. pro Quartal exkl. Bestellgeld. Man abonnirt bei allen Zeitungsspeditionen und Postanstalten, sowie in der Expedition.

Buchbinder-Zeitung.

Redaktion und Expedition:
A. Dietrich, Stuttgart
Hasenbergstraße 30.

Inserate pro 4spaltige Petitzeile 20 Pf., für Verbandsangehörige 10 Pf.
Privatanzeigen ist der Betrag in Briefmarken beizufügen, andernfalls der Abdruck unterbleibt.

Organ des Verbandes der in Buchbindereien, der Papier- und Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 19. Stuttgart, Sonnabend den 8. Mai 1897. 13. Jahrgang.

☛ Kollegen und Kolleginnen! Unterlaßt nie die Agitation für Euren Verband! ☚

Berufsgenossenschaftliches.

π. β. Die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft hat soeben ihren Jahresbericht für 1896 versandt, auf dessen scheinbar trockenes Zahlenmaterial wir um deswillen näher eingehen wollen, weil dasselbe das Wohl und Wehe einer zahlreichen und hinsichtlich der Unfallgefahr keineswegs günstig gestellten Arbeiterschaft umschließt. Die Zahl der versicherten Betriebe ist seit 1895 von 2620 auf 2680, die der obligatorisch versicherten Arbeiter und Beamten von 74 317 auf 77 192 gestiegen; freiwillig versichert waren außerdem 28 Unternehmer und 328 Beamte. Auf jeden versicherten Betrieb kommen im Durchschnitt 29 Arbeiter. Am stärksten sind die Sektionen Leipzig und Berlin entwickelt. Der Durchschnittsbetrag der den Arbeitern anzurechnenden Jahresarbeitslöhne schwankt in den einzelnen Sektionen zwischen 534,73 Mk. (Breslau) und 826,86 Mk. (Berlin), also zwischen 10,28 Mk. und 15,90 Mk. pro Woche; er steigt in Sektion Kassel auf 604,67 Mk., Straßburg (Elsaß) 654,61 Mk., Nürnberg 699,83 Mk., Hannover 706,44 Mk., Leipzig 749,64 Mk. und Elberfeld 755,90 Mk. und beträgt im Gesammtdurchschnitt 726 Mk. pro Jahr oder 14,61 Mk. pro Woche. Eine deutliche Illustration der billigen Arbeitslöhne in den Papierverarbeitungsberufen, die allerdings durch den Wettbewerb weiblicher Arbeitskräfte so tief heruntergedrückt sind.

Zur Anmeldung gelangten 1411 Unfälle, von denen 283 entschädigungspflichtig waren; daraus ergiebt sich eine bedeutende Zunahme der gemeldeten Unfälle gegen das Vorjahr um 234 oder 20 Proz., sowie der entschädigten Unfälle um 79 = 38 3/4 Proz. Dieses enorme Anwachsen der Unfallziffer wird auf den gesteigerten Geschäftsgang zurückgeführt, welcher zahlreiche Neueinstellung ungeübter Arbeiter veranlaßt habe, ohne daß die Unternehmer in der Lage waren, der vermehrten Zahl der Arbeiter entsprechend auch die Räumlichkeiten und Schutzvorrichtungen zu erweitern. Das heißt mit dürren Worten: die Antreiberei, Zusammenpferchung zu vieler Arbeiter in ungenügende Räume und Vernachlässigung der nothwendigsten Unfallverhütungspflichten sind die direkte Ursache der steigenden Unfallziffern. Diese Wahrheit war uns seit Langem bekannt; blos waren wir bisher nicht gewöhnt, sie mit solcher Offenheit dargethan zu sehen. Um so werthvoller ist uns natürlich das offizielle Zugeständniß einer kompetenten Körperschaft, welches die Natur der Unfallfrequenz einmal rein sachlich auseinandersetzt. Auf die geradezu strafbare Vernachlässigung der Unfallverhütungsvorschriften seitens zahlreicher Unternehmer kommen wir im Weiteren zurück. Die höchste Unfallfrequenz war in den Sektionen Nürnberg (auf 1000 Arbeiter 23,33 Unfälle) und Berlin (22,23 Unfälle) festzustellen; am günstigsten stand dagegen Kassel mit 11,68 pro Tausend. In Sektion Elberfeld kamen verhältnißmäßig die meisten entschädigten Unfälle vor (auf 1000 Arbeiter 5,08). Nachstehend haben wir uns der Mühe unterzogen, um das Verhältniß zwischen angemeldeten und entschädigten Unfällen festzustellen. Darnach kamen von 1888 bis 1895 folgende Ergebnisse zu Stande:

Jahr	Gemeldete Unfälle	Entschädigte Unfälle	Auf 100 gemeldete kamen entschädigte Unfälle	Jahr	Gemeldete Unfälle	Entschädigte Unfälle	Auf 100 gemeldete kamen entschädigte Unfälle
1888	626	122	19,49	1893	1004	144	14,40
1889	725	136	18,75	1894	1079	204	18,89
1890	779	141	18,08	1895	1167	204	17,48
1891	741	143	19,32	1896	1411	283	20,05
1892	879	159	18,07				

Daraus ergiebt sich, daß über die Zunahme der Unfälle hinaus die Schwere der Unfälle gestiegen ist, — daß aber noch immer blos 14,40 bis 20,05 Proz. sämmtlicher Unfälle seitens der Berufsgenossenschaften entschädigt wurden, während die übrigen 79,95 bis 85,60 Proz. den Krankenkassen, also den Arbeiterbeiträgen zur Last fielen. Solche Erfahrungen bestätigen die Nothwendigkeit, die Krankenkassen, die heute bis Ablauf der 13. Woche für die Unfallheilung und -unterstützung aufzukommen haben, zu entlasten, wie dies bereits bei der Kommissionsberathung der Unfallnovelle im Reichstage durch Herabsetzung der Unfallkarenz von 13 auf 4 Wochen geschehen ist. Da neuerdings seitens der Unternehmerparteien im Bunde mit Regierungsvertretern versucht wird, diesen Kommissionsbeschluß umzustürzen, so ist es geboten, daß die Arbeiter überall demonstrativ hervortreten und durch stichhaltiges Material für das Recht der Krankenkassen eintreten. In einzelnen Berufsgenossenschaften ist der Prozentsatz der entschädigten Unfälle sogar noch weit niedriger, so z. B. bei der Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft, welche 1896 nur 6,85 Proz. der gemeldeten Unfälle entschädigte. Rentenberechtigt waren am Jahresschluß 1896 1299 Versicherte gegen 1095 im Vorjahre. An Unfallentschädigungen wurden gezahlt 158 641,66 Mk. (1895 136 484,36 Mk.), davon für Kosten des Heilverfahrens 4421,70 Mk., für Renten an Verletzte 131 496,18 Mk., für Beerdigungskosten 548,17 Mk., für Witwenrenten 4203,91 Mk., für Kinderrenten 7888,14 Mk., und Ascendentenrenten 594,30 Mk., für Kur- und Verpflegungskosten an Krankenhäuser 6573,02 Mk., für Familienrenten der in Krankenhäusern Untergebrachten 701,20 Mk., sowie an einmaligen Abfindungen 810 Mk. Von diesen Entschädigungsbeträgen wurden nur 33 103,13 Mk. im Jahre 1896 erstmalig gezahlt; die übrigen Rentenzahlungen waren aus den Vorjahren übernommen. Die Ausgaben für Unfallverhütung beliefen sich auf 7258,50 Mk., für Unfalluntersuchung und Feststellung auf 5818,18 Mk. und die Schiedsgerichtskosten auf 3313,32 Mk. Von 426 berufungsfähigen Entscheiden wurden gegen 127 derselben und gegen 12 aus dem Vorjahre Berufung eingelegt; davon wurden entschieden zu Gunsten der Berufsgenossenschaft 69, zu Gunsten der Versicherten 36, während durch Vergleich 3 und durch Rücknahme 9 erledigt wurden; unerledigt blieben 22. Rekurs gegen Schiedsgerichtsurtheile wurde in 14 Fällen eingelegt, und zwar zweimal seitens der Berufsgenossenschaft, zehnmal seitens der Verletzten und zweimal von beiden Parteien; darin erkannte das Reichs- bezw. Landesversicherungsamt siebenmal zu Gunsten der Berufsgenossenschaft und viermal zu Gunsten der Verletzten, während drei Entscheidungen noch ausstehen. Die Verwaltungskosten betrugen 51 783,08 Mk., davon für Reisekosten und Tagegelder 6632,80 Mk. und Beamtengehälter 30 786,39 Mk.; der Durchschnitt der Verwaltungskosten betrug für jeden Betrieb 19,32 Mk., für jeden Versicherten 0,67 Mk., für je 1000 Mk. anrechnungsfähiger Löhne 0,92 Mk. und für jeden Unfall 36,70 Mk.

Dem Berichte sind angeschlossen ein Bericht des Revisionsbeauftragten, Ingenieur Bersch, sowie eine sehr eingehende Unfallstatistik. Der Revisionsbericht erhellt einmal die totale Unzulänglichkeit der gegenwärtigen berufsgenossenschaftlichen Revision und andererseits die geradezu dreiste Unverfrorenheit, mit welcher sich zahlreiche Unternehmer über die dringlichsten Unfallverhütungsvorschriften hinwegsetzen. Revidirt wurden insgesammt 227 Betriebe mit 5252 Arbeitern, das sind nur 8,4 Proz. sämmtlicher Betriebe und 6,8 Proz. aller Arbeiter. Darnach würde jeder Betrieb im Durchschnitt aller 12 Jahre einmal revidirt werden. Dieses Revisionsverhältniß ist noch weit rückständiger als bei der staatlichen Gewerbeaufsicht, und beweist, wie lau die Durchführung der Unfallverhütung seitens der Berufsgenossenschaft betrieben wird. Kein Wunder, daß dabei der Bericht von Klagen über mangelnde Beachtung der Vorschriften und über eklatante Verletzungen wimmelt und eine Reihe von Unfällen schildert, die zum größten Theil auf sträfliche Fahrlässigkeit der betreffenden Unternehmer resp. Betriebsleiter zurückzuführen sind. Der Bericht schreibt: „Es ist geradezu eine Ausnahme, wenn neu beschaffte Maschinen aus eigenem Antriebe mit Schutzvorkehrungen versehen werden, ja, sogar in Fällen, in denen gelegentlich der früher stattgehabten Revision für vorhandene Schwestermaschinen solche für nöthig erachtet und auch ausgeführt waren. Vielfach finden sich auch Schutzvorrichtungen, welche nur dem Namen nach nothdürftig und nicht zweckentsprechend ausgeführt sind und, da sie die Arbeiter in eine unbegründete Sicherheit wiegen, ohne ihnen zu nützen, das bestehende Vorurtheil gegen Schutzvorrichtungen vermehren.“ Auch die Unfallverhütungsvorschriften hätten noch lange nicht die ihnen gebührende Berücksichtigung gefunden. Viele Betriebe, namentlich die mittleren und kleinen, erachteten es nicht einmal für nöthig, dieselben durch Aushängen ihren Arbeitern zur Kenntniß zu bringen, geschweige denn von den Arbeitern unterschreiben zu lassen. In 44 von 227 revidirten Betrieben, nämlich in 7 Kraft- und 37 Handbetrieben, wurde der Aushang vermißt. Eine Kontrolle über die Abstellung der gerügten Fälle konnte nur in wenigen Fällen vorgenommen werden. Wie früher, so kamen auch diesmal Fälle vor, daß Unternehmer dem Sektionsvorstand schriftlich die Abstellung der gerügten Mängel angezeigt hatten, während bei Wiederbesichtigung das direkte Gegentheil festgestellt wurde.

Nun folgt eine geradezu ungeheuerliche Leporelloliste von 2375 bei der Revision der 227 Betriebe vorgefundenen Mängeln und Verletzungen der Unfallverhütungs-Vorschriften, von denen die Mehrzahl Arbeitsmaschinen betrafen, an denen erfahrungsgemäß die meisten Unfälle vorkommen; darunter befinden sich 555 Anordnungen für Maschinen zum Schneiden und Ausschneiden, Scheeren und Ausscheeren in 179 verschiedenen Betrieben, an denen 137 gemeldete und 52 schwere Unfälle sich ereigneten! In einer Kartonnagenfabrik mit 100 Arbeitern, Sektion Leipzig, wurde das Personal wegen bedeutender Aufträge in kurzer Zeit auf 400 Köpfe vermehrt, die zum Theil völlig ungeschult waren. Während diese Fabrik von 1889 bis 1895 nur 47 gemeldete und 7 entschädigungspflichtige Unfälle aufwies, steigerte sich die Unfallziffer allein im Jahre 1896 auf 33 mit 15 entschädigungspflichtigen Unfällen. Weiter meldet der Bericht: „Es muß hervorgehoben werden, daß in den unter 227 Betrieben wiederholt besichtigten 34 Betrieben das Gesammtergebniß (der Unfallverhütung) kein günstigeres war, als dasjenige bei deren erster Besichtigung, denn die noch für nöthig erachteten Anordnungen und Hinweisungen zum Schutze der Arbeiter betrugen:

	Bei der Vorbesichtigung	Bei der Wiederbesichtigung
in 1 Betrieb . .	10	—
„ 12 „ . .	176	noch 114
„ 4 „ . .	18	auch noch 18
„ 17 „ . .	126	sogar 235
in 34 Betrieben .	330	sogar 367

Es waren also bei der Wiederbesichtigung mehr Anordnungen zu treffen, als bei der Vorbesichtigung!“

Das sind ja herrliche Zustände, die uns ahnen lassen, was bei den Revisionen erst herauskäme, wenn alle Betriebe jährlich einmal besichtigt und nachkontrollirt würden. Im höchsten Grade bedauerlich finden wir, daß die Genossenschaft die betreffenden Betriebe nicht namhaft gemacht hat. Aber auch hier gilt das Sprichwort: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus!

Unter den ereigneten Unfällen sind eine Anzahl, die mit Fug und Recht als typische bezeichnet werden können, so die infolge hervortretender Schraubenköpfe an Stellringen und vorstehender Keile an Schwungrädern und Vorgelegen, weiter solche infolge Rückschlagens der Schwungräder beim Anlassen von Gasmotoren, ferner die an Tiegeldruckpressen infolge unzeitigen Nachgreifens und endlich die an Papierschneidemaschinen mit Räderantrieb und an Ausschneidemaschinen ebenfalls infolge Nachgreifens ereigneten Unfälle. Bei den drei letztgenannten Arten klagt der Bericht über die vielfache Verwendung jugendlicher, unerfahrener Arbeiter, besonders auch an Balanciers; ja, beim Anlassen von Gasmotoren wurden entgegen dem strengen Verbot ganz junge Burschen verwendet vorgefunden. Auch das Auflegen von Riemen fordert alljährlich eine ansehnliche Zahl von Opfern, wobei ebenfalls in sträflichem Leichtsinn mit Vorliebe jugendliche Arbeiter verwendet werden. So lange diese unerhörte Vernachlässigung der einfachsten Schutzvorschriften, dieses frivole Spiel mit Gesundheit und Lebensglück von Menschen nicht mit strengen Strafen geahndet wird, so lange wird hier vergeblich auf Besserung der vorhandenen Mißstände zu hoffen sein. Nothwendiger denn je erweist es sich, daß der Staat die Durchführung des hygienischen Arbeiterschutzes und der Unfallverhütung energischer in die Hand nimmt und besondere Verbote für die Verwendung jugendlicher Arbeiter unter 17 Jahren an gefährlichen Maschinen erläßt, sowie schärfere Kontrolle über die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften übt, bezw. die Berufsgenossenschaften zu ausreichender Kontrolle verpflichtet. Der gegenwärtige Stand der Unfallverhütung ist eine Schande für die Sozialreform am Ende des neunzehnten Jahrhunderts, die durch das eigene Eingeständniß der Berufsgenossenschaften nicht gemildert wird.

Aus der Unfallstatistik ist zu erwähnen, daß von den 77 520 Versicherten 39 025 Hand- und 38 495 Maschinenarbeiter waren. Von den 1411 Unfällen waren ereignet durch Maschinen 811 und nicht durch Maschinen 600; von Maschinenarbeitern verunglückten 1138, von Handarbeitern 273. Von den 283 entschädigten Unfällen waren 208 durch Maschinen und 75 nicht durch Maschinen verursacht; sie betrafen 37 Handarbeiter und 246 Maschinenarbeiter. Von den 811 Maschinenunfällen (208 schwere) kamen 140 (27 schwere) an Stein-, Licht- und Kupferdruckpressen, 96 (28 schwere) an Buchdruckpressen, 51 (18 schwere) an Glätt- und Prägwalzwerken, 137 (52 schwere) an Schneidemaschinen, 63 (7 schwere) an Heftmaschinen, 17 (3 schwere) an Briefumschlagmaschinen, 4 an Spitzbüten- und Beutelmaschinen und 5 (2 schwere) an Hülsenwickel- und -Poliermaschinen vor.

Alles in allem zeigt der Bericht der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft, daß eine Reform des Unfallversicherungswesens weit mehr das Interesse und den Schutz der Arbeiter vertreten muß, als dies durch die gegenwärtige Unfallnovelle geschieht.

Wiener Briefe.

VIII.

Die Wiener Maifeier! Als der Pariser Kongreß beschlossen, es sei alljährlich am 1. Mai zum Zeichen der internationalen Solidarität des arbeitenden Volkes und zum Zwecke der Erkämpfung des gesetzlichen Achtstundentages eine einmüthige Demonstration zu veranstalten, da war wohl der erste Gedanke aller Theilnehmer, daß die zweckmäßigste und beste Form dieser Demonstration die Arbeitsruhe ist. Leider war hier jedoch die Macht der Verhältnisse stärker als der gute Wille aller Arbeitenden — die vollständige Arbeitsruhe auf dem ganzen Erdenball durchzuführen, war bisher nicht möglich, ist es auch heute noch nicht und wird es wohl auch so lange nicht sein, so lange nicht die Arbeitenden die alleinigen Herren ihrer selbst geworden sein werden. ... In beinahe vollkommenster Weise jedoch wird dem Wunsche nach der vollständigen Arbeitsruhe schon von allem Anfange an bei uns in Wien Rechnung getragen. Schon der 1. Mai 1890 — bekanntlich die erste Maifeier — war in Wien ein vollständiger Feiertag. Sowohl die großindustriellen als auch die kleingewerblichen Arbeiter hatten es durchgesetzt, daß die Arbeit vollständig ruhte und auch das Bürgerthum hatte jenen Tag in seiner Weise gefeiert, indem es für denselben den großen „Kladderadatsch“ mit Zittern und Beben erwartet und es durchgesetzt hatte, daß die Arbeiter ihre Maifeier unter dem „Schutze“ von Tausenden von Bajonetten, Dutzenden von Kanonenschlünden und ganzen Regimentern von Polizisten abhielt. ... Im Laufe der Jahre hat nun allerdings diese charakteristische Angst des Bürgerthums nachgelassen — dasselbe hat schön langsam begreifen gelernt, daß die Arbeiterschaft was Klügeres anzufangen weiß, als mit „Heugabel und Bombe“ für ihre Forderungen zu kämpfen — nicht jedoch die instinktive Abneigung dieser Kreise gegen die Maifeier des Proletariats. Sie fühlen eben, daß diese Feier dem Verlangen der Arbeitenden nach ihrer wirthschaftlichen und politischen Freiheit am ursprünglichsten entspricht und auf diese Weise dazu beiträgt, daß dieses Verlangen immer mehr ein zielbewußtes und klares werde. Und deshalb sträuben sich diese bürgerlichen Elemente auch bei uns mit aller Macht gegen die Maifeier, und deshalb bedarf es auch jedes Jahr des entschiedensten Auftretens des Proletariats zur Durchführung dieses Feiertages und deshalb hat auch gerade in Folge dieses alljährlich sich erneuernden Kampfes die Maifeier an Ursprünglichkeit und Agitationskraft nicht das Geringste bis nun verloren.

Im Auslande ist zum großen Theile die Ansicht verbreitet, daß die Wiener Maifeier deshalb so vollständig durch Arbeitsruhe gefeiert werde, weil hier der 1. Mai von jeher so gut als ein halber Feiertag gelte und deshalb der Widerstand der Unternehmer gegen die Freigabe dieses Tages weitaus geringer sei als anderswo. Diese Ansicht ist zum

allergrößten Theile unrichtig. Wenn früher der 1. Mai als Feiertag galt, so war dies nur für einen „hohen Adel“ und „P. T. verehrungswürdiges Bürgerthum“. Diese Kreise hatten allerdings den 1. Mai von jeher als offiziellen Frühlingsbeginn festlich durch eine Festauffahrt und ähnliches mehr gefeiert. In dem Maße jedoch, in dem der frühere „gemüthliche Ton“ zwischen dem Meister und „seinen Gesellen“ dem heutigen modernen Verhältnisse zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer Platz gemacht, war auch die Theilnahme der proletarischen Kreise an der früheren Maifeier verschwunden und dieselbe thatsächlich nur für die vorhin genannten Kreise vorhanden. Wenn also die Arbeiterschaft nun ihre moderne Maifeier begeht, so hat dieselbe mit der früheren der besitzenden Kreise nicht das Geringste gemein und war im Gegensatze zu der erwähnten im Auslande verbreiteten Ansicht der Widerstand dieser Kreise ein noch um so größerer, als ja dieselben nicht nur in ihrem Klasseninteresse sich getroffen fühlten, sondern auch ihr Vergnügen dadurch gestört wurde, weil ja durch die „rothe“ Maifeier die bürgerliche gänzlich in den Hintergrund gedrängt und nun auch schon aus der Welt geschafft wurde.

Die Maifeier dieses Jahr ist getreu denen der Vorjahre eine wahrhaft glänzende zu nennen. Es war allerdings zu befürchten, daß die Unternehmer die Thatsache, daß der 1. Mai auf einen Samstag fiel, versuchen würden, um dem Feiertage in der Weise Abbruch zu thun, daß sie, wenn es ihnen schon nicht möglich ist, die Arbeitsruhe zu hindern, die Lohnauszahlung nicht schon am Freitag, sondern erst Montag vornehmen werden. Doch war auch in dieser Frage der größte Theil unter ihnen so vernünftig, nicht muthwillig einen Konflikt mit der Arbeiterschaft zu provoziren und wurde demnach auch dieser ungünstige Umstand im Sinne der Arbeiterschaft erledigt. — Vom herrlichsten Wetter begünstigt, wogten schon in den frühen Morgenstunden Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen durch die Straßen, das bescheidene Festtagskleid mit dem Maiabzeichen — von der Parteileitung ausgegeben — und rothen Blumen geschmückt, um sich im Laufe des Vormittags in eine der Versammlungen zu begeben. Von diesen fanden mehr als 60 statt, von denen ungefähr 25 Volksversammlungen und die übrigen Branchenversammlungen waren. Dieselben waren insgesammt sehr gut besucht und dürften nach beiläufiger Schätzung ungefähr 50 000 Personen an denselben theilgenommen haben. Die Tagesordnung war überall die gleiche — „Die Bedeutung des Arbeiterfeiertages“ —, der Verlauf durchwegs ein ungestörter. — Eine der stärksten Versammlungen war die der Bucharbeiter, an welcher die Buchdrucker und Buchbinder nebst ihren Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen in der ungefähren Stärke von 3000 Personen theilnahmen. Der obigen Tagesordnung ging hier mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der Versammlung ein Vortrag über die österreichische Preßgesetzgebung voraus. Dieser Vortrag wurde von einem Redakteur der „Arb.-Ztg.“ gehalten, während über die Bedeutung des 1. Mai ein Buchbinder und ein Buchdrucker sprachen, worauf die Versammlung in aller Ruhe geschlossen wurde. Unsere Kollegen und Kolleginnen hatten sich in überaus großer Zahl an der Versammlung betheiligt, nachdem in allen Betrieben — mit Ausnahme einiger weniger Kleingewerbler, wo Vormittags gearbeitet wurde — die Arbeit ruhte. Nachmittags fand ebenfalls vom besten Wetter begünstigt, der traditionelle Aufzug der Arbeiterschaft über die schönste und vornehmste Straße Wiens — die Ringstraße — statt. Einen wahrhaften imposanten Eindruck machte es, als die Arbeitermassen in riesigen, dichten Kolonnen aus allen Bezirken auf den verschiedenen Radialstraßen einhergezogen kamen und im geschlossenen, schier endlosen Zuge zwischen den Palästen des Adels und des Kapitals zu ihrem Bestimmungsort marschirten. Wohl an die 100 000 Proletarier mögen es gewesen sein, die hier mit Weib und Kind gezogen kamen, um mit ihren Brüdern einen Tag der Freiheit zu genießen. Im Volksprater — ein riesiger Naturpark, der zu den populärsten Ausflugsorten der Wiener gehört — vertheilten sich die Arbeitermassen sehr rasch in den verschiedenen, vorher schon nach Branchen bestimmten Gasthäusern, um nach einigen Stunden fröhlichen, geselligen Beisammenseins wieder im geschlossenen Zuge den Heimweg anzutreten.

Durch nicht einen Mißton war dieser so schöne Tag gestört worden, er war wieder ein Beweis von der vortrefflichen, im Klassenbewußtsein begründeten Disziplin des Proletariats — aber auch von seiner Kraft. —ld.

Korrespondenzen.

Hamburg. Am 24. April hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht; 2. Anträge Kammann; 3. Gautag; 4. Maifeier.

Dem Geschäftsbericht von Kollege Pfennig ist zu entnehmen, daß im ersten Quartal dieses Jahres 5 Versammlungen, 1 Generalversammlung und 6 Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Ein Vortrag wurde gehalten von Frau Zietz über „antike und moderne Sklaven“; hauptsächlich habe uns aber der Verbandstag beschäftigt. Männliche Mitglieder waren am Schlusse des vierten Quartals 264 vorhanden, eingetreten und zugereist sind 12, ausgetreten 3, ausgeschlossen wegen Restiren der Beiträge 36, ausgeschlossen nach § 6b 1, abgereist 10, bleiben männliche Mitglieder 226. Weibliche Mitglieder waren am Schlusse des vierten Quartals 186 gezählt; eingetreten sind 10, übergetreten nach Altona 2, ausgeschlossen nach § 6b 1, ausgeschlossen wegen Restiren der Beiträge 99, bleiben 94 weibliche Mitglieder.

Kollege Pfennig giebt seinem Bedauern Ausdruck über die vielen abgefallenen, namentlich weiblichen Mitglieder und ermahnt die Anwesenden, dem Verband treu zu bleiben, denn nur eine gute, kräftige Organisation sei in der Lage, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Den Kassenbericht giebt Kollege Hund.

Verbandskasse: Einnahmen im ersten Quartal ds. Js. 859,75 Mark, Ausgaben 1241,30 Mark. Am Orte behalten vom vierten Quartal vor. Js. 529,77 Mark, verbleibt ein Kassenbestand von 148,22 Mark.

Lokalkasse: Einnahmen 399,02 Mark, Ausgaben 327,25 Mark, bleiben 71,77 Mark; davon ab Defizit vom vierten Quartal 1896 28,16 Mark, bleibt Bestand 43,61 Mark.

Kollege Schwabel erklärt im Namen der Revisoren, die Kassenverhältnisse als richtig befunden zu haben. Die Versammlung ertheilt dem Kassirer Decharge.

Bei der Diskussion über den ersten Punkt kommt Kollege Grimm nochmals auf diejenigen Elemente zurück, welche in der Zeit des Streiks wohl unsere Unterstützung haben gebrauchen können, jedoch jetzt, wo sie wieder in Arbeit stehen, uns den Rücken gekehrt haben. Er weist noch darauf hin, daß bei einem eventuell erneuten Angriff auf verschiedene Werkstuben und einer eventuellen Unterstützungsbedürftigkeit diejenigen keine Unterstützung wieder erhalten würden, welche uns schnöde den Rücken gekehrt hätten.

Beim zweiten Punkt werden die Anträge Kamman, welche eine Erhöhung der Entschädigung der Vorstandsmitglieder bezwecken, ohne lange Debatte angenommen.

Zum dritten Punkt, Gautag, tritt Borst für eine Verbindung der einzelnen Zahlstellen ein zwecks besserer und prompterer Besetzung der Stellen. Der Gautag solle am 23. Mai stattfinden bei Wallichs, Altona.

Pfennig erklärt, die Referate würden den verschiedenen Delegirten zur rechten Zeit zugehen, damit nicht wieder eine solche Kalamität entsteht, wie auf dem letzten Gautag.

Grimm tritt noch für eine Journalführung ein, um über alle Vorgänge in den einzelnen Zahlstellen orientirt zu sein.

Sodann erfolgt die Abrechnung der Streikmarken. Es wurden verkauft für 965 Mark, nicht verkauft für 325 Mark.

Die Restanten werden verlesen, welche sich noch nicht bemüßigt gesehen haben, ihre neun Wochen fälligen Streikmarken zu lösen. Es befinden sich darunter verschiedene Kollegen, welche schon lange der Gewerkschaft angehören und von denen man derartige unverantwortliche Gleichgiltigkeit nicht erwarten sollte. Die Abrechnung der Bons ergiebt dasselbe traurige Bild, indem noch Kollegen Gelder der verkauften Bons in Händen und höchst wenig oder gar nichts abgeliefert haben. Mit denselben wird scharf ins Gericht gegangen.

Zur Maifeier wird beschlossen, eine Maisteuer zu erheben für Alle, welche den Tag nicht durch Arbeitsruhe begehen können: männlich 50, weiblich 25 Pfennig. Den Arbeitslosen wird für diesen Tag 1 Mark bewilligt. Des Abends findet ein Familienabend in der Karlsburg statt. E....r.

Münster i. W. Persönliche Streitigkeiten, durch welche das Bestehen unserer Zahlstelle beinahe in Frage gestellt worden wäre, veranlaßten uns, am 2. Mai eine außerordentliche Versammlung abzuhalten, zu welcher auch ein Mitglied des Gauvorstandes erschienen war. Die Versammlung war ziemlich gut besucht und wurden die Streitigkeiten insofern beigelegt, als der Anstifter derselben, Kollege B., aus der Zahlstelle Münster ausgeschlossen und es ihm anheim gestellt wurde, seine Beiträge fernerhin an den Gauvorstand abzuführen. Mögen die Kollegen Münsters nun fernerhin einig und treu zusammenhalten und bei allen persönlichen Differenzen immer bedenken, daß sie nicht einzelnen Personen zu liebe im Verbande sind, sondern weil sie ihre Arbeitsverhältnisse durch die Organisation zu verbessern hoffen. Um das zu können, ist es aber in erster Linie nothwendig, daß die Kollegialität, der feste Zusammenschluß der Kollegen gepflegt wird, und daß der Einzelne in allen Reden und Handlungen stets das Verbandsinteresse im Auge behält. Kollegen Münsters, sorgt dafür, daß dem Verbande der Vorposten im nördlichen Westphalen nicht nur erhalten bleibt, sondern daß er erstarkt und kräftig werde, damit auch die größtentheils noch recht traurigen Verhältnisse im „gesegneten“ Münsterlande dereinst menschenwürdigere werden.

Berlin. Die hiesige Zahlstelle des Verbandes hielt am 28. April ihre ordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäfts- und Kassenbericht; 2. Ergänzungswahlen zum Vorstand; 3. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Vorsitzende der Versammlung Mittheilung von dem Ableben der Kollegin Gertrud Lehmann. Zu Ehren der Verstorbenen erheben sich die Versammelten von den Plätzen. Ferner giebt der Vorsitzende bekannt, daß auch in diesem Jahre unseren arbeitslosen Verbandsangehörigen zur Maifeier eine Unterstützung von 2 Mark pro Mann bewilligt werden soll, damit denselben die Feier des Tages ermöglicht werde. Die an diesem Tage arbeitenden Kollegen werden ersucht, 15 Prozent ihres Tagesverdienstes auf den dazu hergestellten Sammellisten zu zeichnen. Die Versammlung erklärt ihr Einverständniß mit diesen Vorschlägen. Bor Eintritt in die Tagesordnung fordert Kollege Weinschild alle diejenigen Kollegen, welche noch im Besitz von Billets vom letzten Stiftungsfest sind, auf, schleunigst abzurechnen. Hierauf giebt Kollege Georg Schmidt den Geschäftsbericht vom 1. Quartal d. J. Aus demselben ist Folgendes hervorzuheben: Die Zahl der Mitglieder ist in Berlin in den letzten Jahren stetig gestiegen. Nicht nur kurz vor der Lohnbewegung sei die Mitgliederzahl enorm gewachsen, sondern seit dem Jahre 1892 schon ist hier ein Aufschwung in unserem Mitgliederbestande zu verzeichnen gewesen. Die vorjährige Lohnbewegung hat selbstverständlich noch einen größeren Theil zu uns gebracht. Daß von den Letzteren hauptsächlich eine bedeutende Zahl sich nach dem Streik wieder von der Organisation lostrennen würde, hat wohl jeder von uns gewußt; daß aber die Zahl der gestrichenen Mitglieder im verflossenen Quartal eine so große werden würde, hat jedoch niemand von uns erwartet. Lassen wir die Zahlen selbst sprechen: Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des 4. Quartals v. J. 1705 männliche und 1119 weibliche Personen, macht zusammen 2824 Mitglieder. Davon wurden im 1. Quartal d. J. nach § 6a des Verbands gestrichen: 397 männliche und 362 weibliche, macht zusammen 759 Personen. Die Gestrichenen vertheilen sich auf die einzelnen Branchen wie folgt: Männliche: 108 Lederarbeiter, 239 Buchbinder, 13 Kartonarbeiter, 12 Presser, 10 Albumarbeiter, den Rest bilden einige kleinere Nebenbranchen. Rechnen wir die noch im 1. Quartal neu aufgenommenen Mitglieder hinzu, das sind 100 männliche und 111 weibliche Kollegen, so haben wir einen Verlust an Mitgliedern von 587. Der Gesammtmitgliederbestand betrug am 1. April 1897 demnach 2276 Mitglieder. Die Berichte der Branchen-Vertrauenspersonen lauten ebenfalls sehr ungünstig. Die Branchenversammlungen, Werkstattdelegirtensitzungen und Werkstubenversammlungen waren in fast allen Branchen zum größten Theile schwach besucht. In der Buchbinderei, Lederwaarenbranche und Luxuspapierbranche müssen die Vertrauenspersonen ihre Thätigkeit wieder von vorn anfangen. Der Vorsitzende giebt der Versammlung dann noch ein Bild von der Thätigkeit unseres Bureaubeamten. Leider sei auch durch die Errichtung des Bureaus der erste Kassirer nur wenig entlastet worden, indem der Beamte sehr viele andere Dinge zu erledigen hat, die bedeutende Zeit in Anspruch nehmen, z. B. Auskunftertheilung an Kollegen, Unterredungen mit Fabrikanten und dergleichen mehr. Der Vorstand schlägt der Versammlung deshalb vor, dem ersten Kassirer für seine Mühewaltung 25 Mk. pro Quartal zu bewilligen. Die Generalversammlung beschließt demgemäß.

An den Geschäftsbericht schließt sich eine lebhafte und ausgedehnte Debatte. Kollege Brückner führt aus, daß der Rückgang der Mitglieder hauptsächlich seinen Grund in der Erhöhung der Beiträge habe und sei es die höchste Zeit, daß eine Regulirung derselben vorgenommen werde, ehe der Mitgliederbestand noch weiter herabsinkt. Er tadelt ferner die in fast jeder Nummer der Zeitung sich wiederholenden hämischen Bemerkungen verschiedener auswärtiger Kollegen an den Berliner Anträgen u. s. w. Es ist bald soweit gekommen, daß man überhaupt keine andere Meinung mehr haben darf. Brückner stellt alsdann folgenden Antrag:

„Die Zahlstelle Berlin des Verbandes der in Buchbindereien u. s. w. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen stellt hiermit an den Verbandsvorstand den Antrag, unverzüglich eine Urabstimmung vornehmen zu lassen über den Punkt: Erniedrigung der Beiträge für männliche Mitglieder auf 25 Pf., für weibliche Mitglieder auf 10 Pf. pro Woche.“

Kollege Baer schließt sich ebenfalls den Ausführungen Brückner's an. Wilhelm ist der Meinung, daß die Beiträge nicht schuld sind an dem Rückgang der Mitgliederzahl, nur die Agitation müsse mit mehr Eifer in den Werkstuben betrieben werden; letzteres sei nicht genügend geschehen. Bergmann führt aus, daß gerade die Erhöhung der Beiträge uns sehr viel geschadet hat, den besten Beweis giebt uns die eine Branche, die der Lederarbeiter, diese zahlten vorher in ihrem Lokalverein nur einen geringen Beitrag. Auf den Verbandstag setzten nicht nur diese, sondern auch viele andere unserer hiesigen Mitglieder ihre Hoffnung, daß die Beiträge wieder auf ihren alten Satz gebracht werden würden. Leider wurde dieses durch die Stimmenthaltung der zwei Delegirten vereitelt. Der Antrag Brückner müsse unbedingt angenommen werden, eine Regulirung der Beiträge sei dringend nothwendig, sonst werde die hiesige Zahlstelle noch bedeutend mehr an Mitgliedern verlieren. Karl Schulze verspricht sich von einer jetzt vorzunehmenden Urabstimmung nicht viel, da die größeren und mittleren Städte gegen die Erniedrigung der Beiträge stimmen würden und dadurch das Resultat sehr zweifelhaft werden könnte. Er ist aber der Meinung, daß in Berlin eine gute Organisation bestehen müsse, die die Interessen der gesammten Kollegen und Kolleginnen zu vertreten habe; dazu ist es nothwendig, alle noch indifferenten Arbeiter und Arbeiterinnen zu uns heranzuziehen, das ist aber nur möglich durch niedrige Beiträge, wir müssen hier die Massen hinter uns haben. Redner ist seit Gründung des Verbandes Mitglied desselben und hat stets für den Verband gewirkt, habe man aber für die Berliner Verhältnisse so wenig Verständniß und zeige keinerlei Entgegenkommen, wie es jetzt leider der Fall ist, nun dann wird Berlin sich selbst helfen. Es wird seine Interessen voll und ganz zu vertreten wissen, sei es auch außerhalb des Verbandes. (Lebhafte Zustimmung.) Alle weiteren Redner treten fast ohne Ausnahme für den Antrag Brückner ein. Ehe die Abstimmung über denselben vorgenommen wird, wird von Schulze beantragt, dieselbe bis zur Versammlung am 3. Mai auszusetzen, um allen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, ihre Stimme für oder wider abzugeben.

Im Anschluß an den Geschäftsbericht giebt der Vorsitzende einen Beschluß des Vorstandes bekannt, nach welchem unserer Geschäftsordnung der Nachsatz angefügt werden soll, daß zur Lösung des Arbeitsverhältnisses zwischen unserem Bureaubeamten und der hiesigen Zahlstelle gegenseitige sechswöchentliche Kündigungsfrist vereinbart wird. Die Versammlung beschließt demgemäß. Weiter macht der Vorsitzende von den Verunreinigungen des Kollegen Lederarbeiters Siecke Mittheilung; derselbe habe ca. 20 Mk. (für Quittungsmarken) für sich verbraucht und habe Berlin den Rücken gekehrt. Trotzdem der Vater des Siecke das Geld uns wieder ersetzte, habe der Vorstand sich doch veranlaßt gesehen, der Versammlung davon Mittheilung zu machen. Im Uebrigen aber befinden sich noch Billets vom Sylvestervergnügen in den Händen Siecke's, die uns nicht ersetzt wurden. Hierauf wurde derselbe gegen einige Stimmen aus dem Verband ausgeschlossen.

Der im vorigen Quartal auf Grund des § 6b ausgeschlossene Kollege Jaßlauck ist zu Unrecht ausgeschlossen worden und wird derselbe auf Beschluß der Versammlung wieder als Mitglied weitergeführt.

Nunmehr giebt Kollege Christian den Kassenbericht. Derselbe lautet:

Für die Zentralkasse:

Einnahme (inkl. der 5000 Mk. zum Verbandskasse)	Streik aus der	11 726,67 Mk.
Ausgabe (an die Verbandskasse eingesandt 2580,73 Mk.)		4 145,54 Mk.

Für die Lokalkasse:

Einnahme:

Zinsen		63,65 Mk.
20 Proz. der Einnahme		932,42 „
Ueberschuß vom Sanssouci-Vergnügen		327,20 „
Listen-Sammlung (streikende Buchbinder und Steindrucker)		243,25 „
Sonstige Einnahmen		0,75 „
	Summa	1567,27 Mk.
Dazu Bestand vom 4. Quartal		1509,04 „
	Summa	3076,31 Mk.

Ausgabe:

Für Vorträge		10,— Mk.
Büreau-Ausgaben (persönlich)		401,— „
„ „ (sachlich)		252,57 „
Verwaltungsmaterial inkl. Nachtrag vom 4. Quartal		58,23 „
Außerordentliche Entschädigung an Vorstandsmitgl. u. Vertrauenspers.		15,40 „
Außerordentliche Unterstützungen		51,50 „
Remuneration für den Vorstand und 1. Kassirer		70,— „
Buchbinderzeitung-Portis		16,65 „
Kränze für verstorbene Mitglieder		18,— „
Inserate im „Vorwärts“ und „Buchbinderzeitung“		99,20 „
Für die streikenden Hafenarbeiter in Hamburg		140,— „
Zuschuß zum Streik		838,20 „
Sonstige Ausgaben		19,05 „
Defizit vom Sylvester-Vergnügen		15,05 „
Schulden-Tilgung		66,— „
	Summa	2070,85 Mk.

Verbleibt ein Kassenbestand am 1. April 1897 von 1005,46 Mk.

Da von den Revisoren niemand in der Versammlung anwesend ist (Kollege Tilgner fehlte entschuldigt), mußte die Ertheilung der Decharge für den Kassirer ausgesetzt werden.

Die Berichte der Bibliotheks- und Rechtsschutz-Kommission und des Arbeits-Nachweises mußten der vorgerückten Zeit wegen bis zur nächsten Versammlung vertagt werden. Es werden zunächst noch die Ersatzwahlen zum Vorstand vorgenommen. Das Resultat ist folgendes: Erster Vorsitzender: Eugen Brückner; erster Schriftführer: Konr. Eberhard; zweiter Schriftführer: Andreas Baer. Die Wahl eines Hilfskassirers und ein damit im Zusammenhang stehender Antrag, betr. die Entschädigung des Hilfskassirers, werden ebenfalls vertagt. — Unter Verschiedenem wird von mehreren Kollegen der Wunsch ausgesprochen, in Zukunft mehr für Ausbreitung der Arbeitsruhe am 1. Mai zu agitiren, was jetzt leider nur in ganz vereinzelten Fällen geschehen ist. Die diesjährige Maiversammlung für das graphische Gewerbe findet im Louisenstädtischen Konzerthaus statt. Hierauf erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Bergmann.

Erlangen. Der bei der Firma Feldmann, Portefeuillefabrik hier, seither als Werkführer thätig gewesene Rudolf Helmstreit, welcher das vollste Vertrauen seines Chefs, jedoch nicht das der Arbeiter genoß, ist vorigen Sonntag flüchtig geworden, nachdem er aus dem verschlossenen Bureau 800 Mark entwendet hatte. Helmstreit war von jeher an ein verschwenderisches Leben gewöhnt, hat er doch auch sein Vermögen in Höhe von nahezu 20 000 Mark in leichtsinniger Weise verbraucht. Früher einmal Vorsitzender beim damaligen Verbandsverein, zeigte er sich in letzter Zeit als großer Gegner des Verbands, die Zeit wird aber gewiß noch kommen, wo Helmstreit froh ist, wenn er von Arbeitern unterstützt wird. Zu bedauern ist dessen Frau und seine drei Kinder.

Augsburg. An die Kollegen in Plauen i. V. Es wird also thatsächlich Ernst in Plauen i. V. Die Kollegen dort organisiren sich, wie erfreulicherweise aus dem Bericht von dort zu ersehen war. Ich wünsche den eifrigen Kollegen, welche daselbst schon auf einen guten Erfolg zurückblicken können, noch weitere gute Erfolge. Die Kollegen in Plauen befinden sich in Verhältnissen, die ganz dazu angethan sind, einmal für eine Verbesserung ihrer Lage eintreten zu müssen. Die maßgebenden Geschäfte dürften sich wohl kaum den berechtigten Forderungen, welche der heutigen Zeit, den theueren Lebensverhältnissen etwas näher kommen, gegenüber stellen wollen. Ich denke beim Schreiben meiner Zeilen an die gute alte Zeit, es war in den Jahren 1881 bis 1883, wo die Innungsmeister und die Gesellen — um mit der Großmutter zu reden — ein Herz und eine Seele waren; wo beide Theile in einem Lokale, in der „Harmonie“ (Vereinshaus) tagten, zur Glanzzeit des Preßbengelklubs; wo in einem großen Geschäft für einen ausgelernten Gehilfen 13, 14, ja sogar 15 Pf. pro Stunde bezahlt wurden; wo die Lehrlinge beim Freisprechen Thonpfeifen bekamen und wo das Lied: „Brüder reicht die Hand zum Bunde“ bei jeder Gelegenheit gesungen wurde.

O du goldene Zeit, wo bist du hin? — Kollegen, ich will den Raum unserer Zeitung nicht allzu viel in Anspruch nehmen, ich wünsche viel Glück zur weiteren Arbeit! Mit kollegialischem Gruß

F. K. aus Plauen i. V.

Winterthur (Schweiz). Es sei uns in Folgendem gestattet, der Kollegenschaft im In- und Auslande einen kurzen Situationsbericht zu unterbreiten. Obwohl unsere Sektion nur klein ist, darf man ihr nach fünfjährigem Bestande wohl das Zeugniß der Existenzfähigkeit ausstellen, und schützt uns überdies der § 21 unseres Statuts, nach welchem der Verein besteht, so lange 4 organisirte Kollegen am Platze sind, vor einer plötzlichen Auflösung. Zur Zeit sind wir 15 Mitglieder, wovon 2 auswärtige, und ist die „Buchbinder-Zeitung" obligatorisch eingeführt. Der Beitrag beträgt 1,25 Franken pro Monat, wovon jedoch unserer Kasse, wenn wir den Beitrag an den Gewerkschaftsbund und an die Arbeiterunion, sowie die Unterstützung an Durchreisende gezahlt haben, in der Regel nichts verbleibt. Da nun am Platze noch einige nichtorganisirte Kollegen arbeiten, versuchen wir dieselben herbeizuziehen, die Agitation von Mund zu Mund ist uns jedoch erschwert, da die Indifferenten einzeln bei verschiedenen Kleinmeistern stehen, und ersuchten deshalb die Redaktion dieser Zeitung um einige Gratisexemplare derselben, um durch Zusendung derselben die indifferenten Kollegen zu ermuntern. Die von der hiesigen Arbeiterunion veranstaltete Maifeier wurde auch von unseren Mitgliedern, theils durch vollständige, theils durch halbe Arbeitsruhe begangen. Im Demonstrationszug waren wir mit einem großen Buch (Format 70 × 160 Ctm.), das von einigen Kollegen über Feierabend kunstgerecht angefertigt wurde, vertreten. Wir bildeten mit demselben eine der schönsten Nummern des Festzuges und erlebten es sogar, daß, wahrscheinlich angelockt durch das Blitzen des Goldschnittes, sich uns eine Anzahl Mitglieder der Buchdruckersektion anschlossen. Welche Ehre für uns! Die Auslagen an Kaliko, Karton, Goldpapier ꝛc. wird unsere Vereinssparbüchse, welche in Gestalt eines Schlaghammers unseren Versammlungen regelmäßig beiwohnt, zu tragen haben.

Es wäre nur zu wünschen, daß unser Zentralvorstand in Zürich bald etwas von sich hören ließe, die Sektionen des Verbandes verlieren sonst an Halt und wir kommen rückwärts statt vorwärts, denn wer rastet, der rostet. H. D.

Christiania. Der Buchbinderverein hat in den letzten zwei Jahren keine wesentlichen Fortschritte zu verzeichnen; der Vorstand war zu wenig handlungskräftig, so daß eher ein Zurückfall als Fortschritt zu notiren ist. Unter diesem letzten zweijährigen Regime geschah es auch, daß der Verein, welcher bereits der zentralisirten Arbeiterpartei (der sozialistischen Partei) angehörte, sich wieder aus derselben ausmeldete, dank Agitation einiger reaktionärer Meister, welche sich als Mitglieder des Vereins aufnehmen ließen, um dieses Werk zu vollführen. Nun, nachdem die letzte Generalversammlung einen neuen energischen Vorstand gewählt hat, wird die Zukunft sich wohl besser gestalten. In dem Folgenden will ich eine kurze Uebersicht über die am 27. März abgehaltene Generalversammlung geben. Zuerst Vorlesung des Protokolls und der revidirten Rechenschaft, welche einstimmig als richtig befunden wurde. Bei weiterer Behandlung der Rechenschaft wurde beschlossen, die Anleihekasse mit 1500 Kr., welche bisher unter der Krankenkasse hortirt hatte, zur Verwaltung des Fachvereins übergehen zu lassen. Ebenso ist Bibliothek, Fahne und sonstiges Eigenthum, welches auch bisher der Krankenkasse angehörte, nunmehr als rechtmäßiges Eigenthum des Fachvereins zu betrachten. Unsere Fachzeitung anbetreffend beschloß man, dieselbe jeden Monat herauszugeben; zum Redakteur wurde W. Bahr, zu Mitarbeitern H. Jensen und A. Aas gewählt. Weiter beschloß man, am 1. Mai für den Achtstundentag zu demonstriren, mit Anschluß an die norwegische Arbeiterpartei. Dann wählte man einen neuen Vorstand, der hoffentlich die Aufgaben, welche wir uns gestellt: wie Landesorganisation, mit Anschluß an einen nordischen Verband (Schweden, Dänemark, Norwegen), mit Glück zum Ziele führen wird. Der letzte Punkt auf der Tagesordnung: Zusammensetzung einer Lohnkommission, mußte der vorgeschrittenen Zeit halber ausgesetzt werden. W. B.

Eingesandt.

Besonderer Umstände halber erhielt ich die Nr. 15 der „Buchbinder-Zeitung" leider erst heute, und ersehe daraus, wie ein Neu-Ruppiner Kollege die Mißstände bei der „Firma" C. Schwendy an das Tageslicht zieht. So anerkennenswerth ja nun an und für sich ist, wenn derartige Uebelstände unnachsichtlich der Oeffentlichkeit übergeben werden, so kann ich doch in diesem Falle dem Artikelschreiber nicht so ohne Weiteres beipflichten, da selbiger über die Ursachen des Auftretens seitens des Herrn S. nicht ganz informirt zu sein scheint. Auch ich hatte in diesem Winter das zweifelhafte Vergnügen, mit noch einigen anderen Kollegen bei Herrn S. aushilfsweise beschäftigt zu sein, und kann darum auch ein Lied mitsingen von der greulichen Mißwirthschaft, die leider in dieser Bude herrscht, jedoch ohne Herrn S. selbst dafür verantwortlich zu machen. Die Sache verhält sich nämlich folgendermaßen: Bei besagtem Herrn S. arbeitet schon seit geraumer Zeit ein „Kollege" W. Dunkel aus Perleberg, jedenfalls wird der eine oder andere der Kollegen demselben schon einmal begegnet sein; dieser famose Herr sucht sich nun ein Verdienst darin, durch unentgeltliches Ueberzeitarbeiten, Sonntagsarbeiten u. s. w. sich der wohlwollenden Gunst seines trauten Chefs dauernd zu erfreuen, versäumt vor allen Dingen auch nicht, seinen Gönner von allem, was die anderen Kollegen etwa privatim unter sich beschließen, fortwährend auf dem Laufenden zu erhalten, wie ich an vielen Beispielen beweisen könnte, was jedoch für heute zu weit führen und auch nicht zur Sache gehören würde. Na, kurz und gut, es ist dieses eben ein Gehilfe, wie ihn sich Herr S. faktisch nicht besser wünschen kann und auch nicht wünscht. Kam nun dieser Herr nach 13- bis 15-, oft sogar noch mehrstündiger Arbeitszeit des Abends in seine Klause und fand das Beit nicht gemacht, das „Zimmer" — wenn man überhaupt diesen zweifelhaften Raum so nennen kann — noch nicht in Ordnung, nun, so besorgte er sich dieses alles eben selber, wie es ja auch einem „treuen" Gehilfen zukommt, und ersparte auf solche Weise Herrn S. das Dienstmädchen. Was Wunder, wenn Herr S. durch derlei treue Hilfeleistungen in dieser Beziehung nach und nach verwöhnt wird und bereits anfängt, wie dies ja das Beispiel des Kollegen S. beweist, einem anständigen Gehilfen dieselben Zumuthungen zu machen. Im Interesse der eventuell dort noch beschäftigten Kollegen jedoch hoffe ich, daß ihm Kollege S. die gebührende Antwort auf eine derartige Zumuthung, die wahrlich alles bisherige auf diesem Gebiete übersteigt, nicht schuldig geblieben ist, sondern ihn im Gegentheil mal darüber belehrt hat, wie er für die Folge anständige organisirte Kollegen zu behandeln hat. — Im Allgemeinen kann es uns ja herzlich wenig kümmern, was so ein Innungskrauter mit Elementen vom Schlage des betreffenden Dunkel anfängt und was er von ihm verlangt, die Hauptsache bleibt, daß ein vernünftig denkender Mensch derartige Zumuthungen mit Entrüstung von sich weist, und einem solchen „Chef" die gebührende Brandmarkung angedeihen läßt. — Da nun dieser Herr Schwendy seine Gehilfen im Gebrauchsfalle sämmtlich vom hiesigen Arbeitsnachweis „bezieht", so habe ich es für meine Pflicht gehalten, diejenigen Kollegen, die einmal das „Glück" haben sollten, dort arbeiten zu können, von der Existenz des oben geschilderten „Mustergehilfen" zu verständigen, damit sie sich eventuell darnach richten und demselben gelegentlich die wohlverdiente — Prämie ertheilen können.

Berlin. R. Albert.

Einer der Vielgeschmähten

sieht sich infolge der Provokationen des „Schlechten Musikanten"-Hannover gezwungen, den Raum der „Buchbinder-Zeitung" in Anspruch zu nehmen und glaubt, nachdem er, ganz abgesehen von den zahlreichen Angriffen vor dem Verbandstag, auch noch nach demselben in fünf Spalten „Feuilleton" angegriffen wurde, darauf ein gutes Recht zum Zwecke leidenschaftsloser Abwehr zu haben. Der von mir gemeinsam mit Kollegen Schildbach gestellte Antrag und mit diesem die beiden Antragsteller selbst hatten vor dem Verbandstag eine Kritik zu erleiden, für die der Redakteur den Ton angab, die aber zum Theil auf dem Verbandstag gerügt und von Kollegen Sailer mit dem richtigen Namen belegt wurde. Anzunehmen war, daß nach den klärenden Verhandlungen des Verbandstags eine objektivere Beurtheilung der Motive und Begründungen meines Antrags eintreten würde. Dieses ist nicht der Fall und bin ich genöthigt, jetzt einen Vergleich zu ziehen zwischen dem von Schildbach und mir gezeichneten Artikel in Nr. 1 der „Buchbinder-Zeitung" und den Verhandlungen des Verbandstags. Ich halte mich dabei streng an das Protokoll und lasse somit einwandfreies Material für Schildbach und mich sprechen.

Zunächst der Antrag an sich. Denselben erläuternd, führte ich in einer Versammlung (cfr. Bericht in Nr. 8) aus: „Unser Antrag bezweckt im Effekt, dem Vorstjenden die Redaktion zu entziehen." Auf dem Verbandstag „keift" — ich will nur einmal den Ton des „Schlechten Musikanten" widerhallen lassen — der wegen seiner Objektivität, seines ruhigen Urtheils und der praktischen Erfahrungen allgemein beliebte Vorsitzende Georg Schmidt:

„Daß der Antrag, Redaktion und Verlag der Zeitung nach Berlin zu verlegen, doch gar nicht so ungeheuerlich erscheine, zumal wenn man bedenke, daß in Berlin mehr als in einem anderen Orte Deutschlands die Buchbinderei weit verzweigt und verbreitet und alle Branchen vertreten seien. Die Trennung der beiden Posten von Verbandsvorsitzender und Redakteur könne vorläufig aus finanziellen Gründen nicht vor sich gehen";

ferner äußert sich im gleichen Sinne Kloth-Leipzig, und Bytomski führt aus:

„Wir sind der Meinung, daß sich das Amt des Verbandsvorsitzenden mit dem des Redakteurs nicht vertrage, daß beides voneinander getrennt wird, was auch möglich ist."

In meinem Artikel ist ausdrücklich betont, daß der Redakteur gleichzeitig „mit der Erledigung anderer sehr wichtiger Angelegenheiten überbürdet ist". Das ist einer der Gründe für unzureichende Durcharbeitung der Zeitung. Mit dieser Ansicht befinde ich mich in guter Gesellschaft, sagt doch Kollege Dietrich auf dem Verbandstag:

„Man spannte mich seit Jahren übermäßig an, so daß ich mich mit den literarischen Erzeugnissen nicht immer bekannt machen konnte. Der Redakteur kann nicht alles machen, sondern muß unterstützt werden durch Mitarbeiter. Andere Gewerkschaften haben besondere Redakteure, bei uns aber soll Einer alles und noch gut machen: das geht eben nicht."

Ja! sage auch ich: „Das geht eben nicht" und deshalb der Antrag auf Verlegung der Redaktion. Erstaunt fragt man sich, wie ist es denn möglich, die Antragsteller, die mit dem Redakteur die gleiche Ansicht haben, jetzt noch durch den Schmutz zu ziehen und ziehen zu lassen?

Wie steht es nun mit der an der Zeitung geübten Kritik? Schildbach und ich forderten von der „Buchbinder-Zeitung",

„daß sie ihre Leser von allen gewerkschaftlichen Dingen unterrichtet. Man muß verlangen können, daß das Organ eingehender von Lohnbewegungen der Gewerkschaften berichtet. Wie häufig waren die Klagen, als zur Zeit der Buchdruckerbewegung unser Organ unter „Vermischtes" einige nichtssagende Zeilen brachte — dasselbe war bei der Bewegung der Buchdruckereihilfsarbeiter der Fall. Da nun bei Lohnbewegungen der wirthschaftliche Aufschwung oder Niedergang in Betracht kommt, so ist es ferner nöthig, daß man der Wirthschaftspolitik besonderes Interesse zuwendet. . . . In sozialpolitischer Hinsicht entspricht die „Buchbinder-Zeitung" keineswegs den Anforderungen." (Folgten einige Beispiele.)

Des Weiteren in Rücksicht auf die weiblichen Mitglieder Pflege des Feuilletons. Kurz erwähnt wurde auch der große Mangel internationaler Beziehungen.

Auf dem Verbandstag werden die gleichen Ausstellungen gemacht durch die Kollegen Kloth, Bytomski und Frau Greifenberg. Sogar der Redakteur giebt zu,

„daß die Nachrichten über die Bewegungen im Auslande nicht so zahlreich erscheinen"

und giebt dafür eine ganz plausible Erklärung. Nach Beendigung der Debatten sieht sich der Verbandstag gezwungen, zu beschließen:

„Der Verbandstag erklärt es für nothwendig, in der „Buchbinder-Zeitung" über wirthschaftspolitische Vorgänge, die unseren Beruf besonders angehen, Berichte zu bringen, auf Vorgänge in verwandten Berufsorganisationen in objektiver Weise Bezug zu nehmen, sowie dem Feuilleton einen derartigen Inhalt zu geben, daß es für unsere weiblichen Mitglieder anregend und bildend wirkt." . . .

Jetzt frage ich: Beweist dieser Beschluß nicht zur Evidenz, wie berechtigt Schildbachs und meine Kritik war? In allen seinen Theilen wiederholt er die Ausführungen unseres Artikels. Aber noch ein berechtigtes Urtheil hat der Verbandstag gesprochen, indem er ein Vertrauensvotum „für Taktik und Schreibweise der Redaktion der „Buchbinder-Zeitung" ablehnte.

Nach Vorstehendem kann ich mich jedes bezeichnenden Ausdrucks über die Qualität des Hannoverschen Karnevals, seiner Besprechung und **vornehmlich der Monatsplauderei** enthalten. Objektiv denkende und vorurtheilslos prüfende Kollegen werden ohnehin ihr Urtheil fällen. Mit offenem Visir habe ich und werde ich auch in Zukunft, „ohne dem Ansehen meiner Person zu schaden", das Schlachtfeld der Kritik betreten. Die Verhandlungen des Verbandstages sind mein Schild, von dem alle Pfeile nicht nur abprallen, sondern zu dem muthig im Hinterhalt sich verbergenden Schützen zurückkehren, diesen selbst verletzend.

Doch Eines kann ich nicht unterdrücken, und das war für mich die Haupttriebfeder für diese Arbeit.

Derartige unberechtigte Kritiken, wie solche in letzter Zeit häufig kamen, verallgemeinert, können das geistige Niveau der Zeitung und mit dieser auch das der Mitglieder tief herabdrücken. Hinwiederum kann dadurch die Schaffensfreudigkeit für die Organisation bei denen, die wohl für die Arbeiterbewegung begeistert sind, deren Wesen aber noch nicht voll erfaßt haben, die uns aber doch schon nützen, sehr stark lähmend wirken. Zwei Gefahren für das Wachsen der Organisation, die wohl bedacht werden müssen.

Wie ist es möglich, daß auch nach dem Verbandstage unter Negirung aller Thatsachen verletzende Angriffe Eingang in die Zeitung finden, und hat der Ausschuß gegen eine derartige Praxis der Redaktion keinerlei Bedenken zu äußern?

Charlottenburg. W. Brilke.

Anmerkung der Redaktion. Daß der Redakteur den Ton zu der Kritik, welche der Antrag Schildbach-Brilke und mit diesem die beiden Antragsteller selbst über sich ergehen lassen mußten, angegeben haben soll, ist eine Behauptung, welche auf eben so schwachen Füßen ruht, wie einige andere in vorstehenden Ausführungen enthaltenen Behauptungen. Auf diese näher einzugehen, erscheint wohl überflüssig; nur das sei an dieser Stelle noch gesagt, daß es schlecht angebracht ist, dann den Beleidigten spielen zu wollen, wenn man zuerst mit seinen Ausfällen die gröbste Saite angeschlagen hat. So wie man in den Wald hinein schreit, hallt es wieder heraus, und wer ausgiebt, muß auch wieder einnehmen. — Es ist nicht nothwendig, unsererseits die Verhandlungen des Verbandstags über die Zeitung näher zu beleuchten; wenn Kollege Brilke sich nur das aus dem Protokoll heraussucht, was ihm paßt, so soll ihm das ganz ruhig belassen sein. Beim Verbandstag waren auch andere Stimmen zu hören, als die, welche eben Kollege Brilke als für seine Meinung günstig ansieht.

Rundschau.

* Der 1. Mai wurde in diesem Jahre von der klassenbewußten Arbeiterschaft aller Länder wieder der hohen Bedeutung entsprechend in würdiger Weise gefeiert. Die Betheiligung an den Demonstrationsversammlungen sowohl wie an den festlichen Zusammenkünften war noch stärker wie im Vorjahre und eine bedeutend größere Zahl der sich an der vollen Arbeitsruhe des Tages betheiligten Arbeiter konnte fast überall verzeichnet werden. Seiner gerechten Sache und seiner Kulturmission bewußt, hat das vorwärtsstrebende Proletariat seinen Appell an die herrschenden Gewalten gerichtet, und die Gegner mußten zu der Erkenntniß kommen, daß keine Drohungen die Arbeiter davon abhalten können, immer wieder Protest gegen Unrecht und Ausbeutung zu erheben und Recht und Gerechtigkeit zu fordern. Die feierlich und mächtig am 1. Mai zu Tage getretenen Kundgebungen galten wieder der Verbrüderung der Menschheit.

* Die in der Holzindustrie in Berlin beschäftigten Arbeiter wurden mit Aussperrung bis zum 5. Mai bedroht, wenn sie am 1. Mai feiern. Auf diese Drohung des Vereins der Holzindustriellen und der Tischler-Innung antworteten die Arbeiter damit, daß ca. 10 000 Mann am 1. Mai den ganzen Tag die Arbeit ruhen ließen. In einigen Geschäften erfolgte hierauf die Aussperrung im Ganzen ca. 150 Arbeitern, diese beabsichtigen nun ihrerseits, vor dem 10. Mai die Arbeit nicht mehr aufzunehmen. Bravo.

* Der Schuhmacherstreik in Offenbach a. M. ist beendet; die noch schwebenden Differenzen in der Lohnfrage der einzelnen Fabriken sollen in Berathungen der einzelnen Kommissionen mit ihren Fabrikanten erledigt werden. — Die streikenden Weber und Weberinnen in Crimmitschau haben ihre Forderungen bewilligt bekommen. Die Lohnreduktion ist zurückgezogen, Maßregelungen finden nicht statt. — Der Streik der Arbeiterinnen in den Wäschereien Neu-Isenburgs ist noch nicht beendet. Um diesen armen ausgebeuteten Arbeiterinnen den Sieg zu sichern, ist es nöthig. Geld zu beschaffen. Beiträge nimmt entgegen Gustav Freitag, Ludwigstr. 54, Neu-Isenburg bei Frankfurt a. M.

* Wie die in Berlin erscheinende „Solidarität" berichtet, sind die von der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften veranlaßten Erhebungen über die Lage der Arbeiterinnen im graphischen Gewerbe bereits seit voriger Woche in Berlin im Gange. Zehn Bezirke sind daselbst gebildet, in jedem Bezirk ist ein entsprechendes Lokal gewählt, wo die Aufnahme durch persönliche Vernehmung der Betheiligten stattfindet. Die Erledigung der Arbeiten wird mehrere Wochen in Anspruch nehmen, dann soll Leipzig, Stuttgart, Hannover und eine noch näher zu bestimmende Stadt nachfolgen.

* Der Verband der Eisenbahner Deutschlands hat nun ein eigenes Organ, betitelt „Weckruf der Eisenbahner". Dasselbe erscheint in Hamburg am 1. und 15. jeden Monats. Die Zahl der Gewerkschaftsorgane ist damit wieder vermehrt und dem Verband der Eisenbahner eine kräftigere Stütze gegeben.

* Die Krankenversicherung im Deutschen Reiche weist für das Jahr 1895 folgende Zahlen auf: Zahl der Kassen 21 992 (gegen 21 552 in 1894) und zwar 8449 Gemeinde-, 4475 Orts-, 6770 Fabrik-, 102 Bau-, 545 Innungs-, 1388 eingeschriebene und 263 landesrechtliche Hilfskassen. Durchschnittliche Mitgliederzahl 7 525 524 (gegen 7 282 609 im Vorjahr), davon entfallen auf die eingeschriebenen Hilfskassen 671 668, auf die Innungskassen 114 581, auf die Ortskassen 3 450 599, auf die Fabrikkassen 1 913 917, auf die Gemeindekassen 1 287 650, auf die Baukassen 26 566, auf die landesrechtlichen Hilfskassen 60 543. Erkrankungsfälle 2 703 632 (gegen 2 492 309 im Vorjahr), Krankheitstage 46 470 023 (43 686 440). Die Einnahmen betrugen 145 684 520 Mark (136 111 300 Mark), die Ausgaben 137 375 104 Mark (128 187 628 Mark), davon bezogen die Aerzte 23 141 102 (22 209 891) Mark, die Apotheker 18 134 308 (17 426 908) Mark, die Krankenanstalten 18 190 727 (17 352 197) Mark, an Krankengeld wurde gezahlt 45 356 229 (42 599 461) Mark. Auf ein Mitglied kamen 0,4 (gegen 0,3 im Vorjahr) Erkrankungsfälle und 6,2 (6,0) Krankheitstage. Die Krankheitskosten betrugen pro Mitglied 13,93 (13,67) Mark.

* In Trautenau (Böhmen) befinden sich ca. 6000 in Flachsspinnereien beschäftigte Personen beiderlei Geschlechts im Ausstand, weil ihnen eine Lohnaufbesserung von 10 Kr. pro Tag nicht bewilligt wurde. Lediglich der Hunger hat diese schmählich Ausgebeuteten in den Streik getrieben.

* Die Zentralkasse des Dänischen Buchbinderverbandes hatte in der Zeit vom 1. April 1896 bis 31. März 1897 — einschließlich eines am 1. April 1896 vorhandenen Kassenbestandes von 93,56 Kr. — die Summe von 3845,39 Kr. an Einnahmen aufzuweisen; an Ausgaben sind 3788,41 Kr. verrechnet, so daß am 1. April 1897 ein Kassenbestand von 56,98 Kr. vorhanden war. Unter den Ausgaben befinden sich an Reiseunterstützung 221,80 Kr., sonstige Unterstützung 818,40 Kr., eingelegt in die Streikkasse 860,80 Kr.

Briefkasten.

R—r in Berlin. Wegen der „Diätenfrage" nochmal eine bandwurmlange Auslassung über sich ergehen lassen zu sollen, können Sie doch den Lesern nicht zumuthen. Wollen aber den Ausschuß befragen.

H. D. in Winterthur. Regelmäßig Gratisexemplare zu geben ist nicht möglich, doch von Zeit zu Zeit soll dem Wunsche entsprochen werden. Bitte das Erwähnte zu senden.

L. Beide Sendungen erhalten.

L. P. in Altona. Für diese Nummer zu spät.

Abänderungen im Adressenverzeichniß.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Berlin: Eugen Brückner, O., Rüdersdorferstr. 65, Quergeb. I. Sprechstunde Abends von 7—8 Uhr.
Heilbronn: Paul Reinfeldt, Lyzstr. 1 III.
Lübeck: A. Matthies, Beckergrube 65.
Nürnberg: A. Josef, Bauerngasse 10, bei Schlegel.

Abänderung im Verzeichniß der Reise-Unterstützungs-Auszahler.

Breslau. L. Hugo Neumann, Gräbschenerstraße 45 IV; von 12—1¼ und 7—8 Uhr.
Halle a. S. L. Wilhelm Zacharias, Steinweg 13, Hof III; von 12—1 und 7—8 Uhr.
München. A. Café Dall' Armi, Frauenplatz 6; an Wochentagen von 8—9 Uhr Abends, Sonntags von 11—12 Uhr.